

Protokoll
der Sitzung des Denkkreises "Bewusstseinswandel"
am Donnerstag, den 28. Januar 2010 von 10.30 bis 16.30 Uhr
im Wissenschaftszentrum Bonn

Anwesende:

Peter Felixberger

Politikwissenschaftler und Soziologie, strategischer Programmplaner Murmann Verlag, Erding

Prof. Dr. Manfred Milinski

Direktor des Max-Planck-Instituts für Evolutionsbiologie, Plön

Dr. Christa Müller

Geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis gGmbH, Leiterin der Stiftung Interkultur, München

Dr. des. Barbara Muraca

Lehrkraft für besondere Aufgaben und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Umweltethik der Universität Greifswald, Greifswald

Dr. Wolfgang Schmidbauer

Autor und Psychoanalytiker, München

Peter Spiegel

Institutsleiter und Geschäftsführer der Genisis Institute, Berlin

Jakob von Uexküll

Gründer des World Future Council (Weltzukunftsrat), Hamburg

vom Denkwerk Zukunft:

Meinhard Miegel

Vorstandsvorsitzender, Bonn (Moderation)

Stefanie Wahl

Geschäftsführung, Bonn

Martin Schulte

Wissenschaftler, Bonn (Protokoll)

Elias Butzmann

Wissenschaftler, Bonn

Einleitung

Künftig wird der materielle Wohlstand in den westlichen Ländern stagnieren oder sogar sinken. Die Bevölkerungen dieser Länder untergraben mit ihrer wachstums- und konsumfokussierten Wirtschafts- und Lebensweise zunehmend die Fundamente ihres ökonomischen Erfolgs. In vielen Bereichen sind die sozialen, wirtschaftlichen und vor allem ökologischen Grenzen des Wachstums schon heute erreicht oder sogar überschritten. Langfristig gefährdet dies die Lebensgrundlagen der Menschheit. Die meisten dieser Probleme und Herausforderungen sind seit langem bekannt.

Warum haben die westlichen Gesellschaften sich nicht ihren Erkenntnissen gemäß verhalten? Warum wurde das seit 30 Jahren als notwendig Erkannte nicht umgesetzt?

Zwei Positionen:

- Vieles Notwendige – etwa im Bereich des Umweltschutzes – wurde in den westlichen Industrieländern bereits umgesetzt. Der Ressourceneinsatz in der Produktion wurde gesenkt, Flüsse sind wieder sauber, der Wald erholt sich langsam. Nicht zuletzt deshalb sind „apokalyptische“ Vorhersagen zur ökologischen Entwicklung nicht eingetroffen. Der richtige Weg ist bereits beschritten, wenngleich einige Veränderungen beschleunigt werden sollten.
- Das Notwendige wurde überwiegend nicht umgesetzt. Der absolute Ressourcenverbrauch steigt nicht nur global, sondern nach wie vor auch in vielen westlichen Industrieländern. Die bessere ökologische Bilanz einiger Industrieländer ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass diese verstärkt die Umweltressourcen anderer Länder verbrauchen. Global verschlechtert sich die soziale, ökonomische und ökologische Lage vieler Menschen.

Ursachen für unzureichendes Handeln:

- Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nach wie vor sehr wohl. Mehrheitlich sind sie davon überzeugt, dass etwaige Ressourcen- und Umweltprobleme durch technisch-organisatorische Innovationen gelöst werden könnten. Für die Bewältigung sozialer Herausforderungen ist wirtschaftliches Wachstum aus ihrer Sicht unerlässlich.
- Für viele Menschen ist die Bandbreite der Herausforderungen zu groß, sind die Probleme zu abstrakt, komplex und emotional nicht fassbar. Sie werden eingebettet in viele (vermeintlich) gleichbedeutende Erfahrungen, Alltagserlebnisse und Funktionen und verlieren so ihren „Schrecken“. Wiederkehrende „Crash-Szenarien“, die nicht unmittelbar eintreffen, begünstigen diese Verdrängungsprozesse.
- „Untergangsszenarien“ sind generell nicht geeignet, Bewusstsein zu verändern. Menschen reagieren hierauf fast immer abwehrend. Hier wirken die gleichen Abwehrmechanismen, mit denen Menschen vermeiden, angesichts der Unausweichlichkeit des Todes in Angst und Depression zu verfallen.

- Große Bevölkerungsteile nehmen sozioökonomische und ökologische Herausforderungen zwar ernst, verdrängen diese aber aus Angst vor Veränderungen. Solange das Wachstumsparadigma noch funktioniert, halten die Menschen daran fest. Ohne spürbare Verluste werden sie nicht reagieren.
- Dies vor allem auch deshalb, weil alternative Modelle und Ziele fehlen. Eine Abkehr vom Wachstumsmodell würde unter gegebenen Bedingungen zu erheblichen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen etc. führen. Zwar gibt es alternative Entwürfe, wie Wirtschaft und Gesellschaft auch ohne Wirtschaftswachstum funktionieren können (zum Beispiel Jackson, Daly, Wuppertal-Institut). Diese sind aber einerseits noch recht vage und andererseits fehlen Antworten darauf, wie der Übergang gestaltet werden kann. Die Menschheit steht also vor einem ungelösten Dilemma: Das Festhalten am Bestehenden führt in den ökologischen, die Abkehr hiervon in den sozialen und ökonomischen Kollaps (Loose-Loose-Situation).
- Auf Erkenntnisse wird auch deshalb nicht angemessen reagiert, weil die politischen Systeme nicht oder nur eingeschränkt handlungsfähig sind. Auf der nationalen Ebene sind Politiker aus Angst vor Wahlniederlagen nicht in der Lage, Veränderungen insbesondere gegen den Widerstand zahlreicher starker Interessengruppen herbeizuführen (Funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft). Vor allem aber gibt es keine funktionsfähigen globalen Handlungsmechanismen. Dies führt dazu, dass selbst von allen Akteuren als notwendig erkannte technisch-organisatorische Lösungen nicht oder nur unvollständig umgesetzt werden, wie nicht zuletzt das Scheitern von Kopenhagen gezeigt hat.
- Eine mögliche Ursache hierfür ist das so genannte „Allmendeproblem“. Zwar erkennen viele Akteure (Staaten, Unternehmen, Konsumenten etc.), dass sie durch ihr Verhalten öffentlich zugängliche Ressourcen – wie Luft und Wasser – übernutzen und ihren Verbrauch eigentlich einschränken müssten. Weil sie aber fürchten von „Trittbrettfahrern“ übervorteilt zu werden, sind sie hierzu nicht bereit.

Für die Bedeutsamkeit des Allmendeproblems sprechen neben den zahlreichen empirischen Beispielen erfolgloser Kooperation vor allem Laborexperimente. Dagegen sprechen empirische Studien, die kooperatives Verhalten insbesondere in lokal überschaubaren Gemeinschaften belegen. Hier wird eine nachhaltige Nutzung der Allmende vor allem durch klare Nutzungsregeln, die Überwachung der Einhaltung dieser Regeln sowie Sanktionen bei Regelverstößen gewährleistet (vgl. Elinor Ostrom, *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*, 1990). Insbesondere auf internationaler Ebene fehlen aber übersichtliche Kooperations-, Kontroll- und Sanktionsmechanismen.

Wie kann erreicht werden, dass sich eine Gesellschaft ihren Erkenntnissen gemäß verhält?

Hierfür stehen zwei Handlungsebenen zur Verfügung, die sich wechselseitig beeinflussen:

- Veränderung politischer/institutioneller Rahmenbedingungen
- Bewusstseinswandel der Bevölkerung

Auf drei Akteursebenen werden die Voraussetzungen für die Veränderung von Bewusstsein und politischen Rahmenbedingungen geschaffen:

Politik (top down):

Die Politik muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass langfristig tragfähige Wirtschafts- und Lebensweisen begünstigt werden. Dies setzt zweierlei voraus:

- Die politischen Systeme müssen handlungsfähig sein. Insbesondere gilt dies für globale Aushandlungsprozesse und Kooperationsstrukturen (Global Governance).
- Die Politik braucht tragfähige Konzepte, wie etwa Wirtschaft und Arbeitsmarkt unter Bedingungen sinkenden materiellen Wohlstands, eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft und eines ökonomischen Ausgleichs mit den Ländern des Südens funktionieren können.

Für beides sind Lösungen bisher nicht oder nur partiell vorhanden.

Beispiele aus der Vergangenheit, wie das europäische Emissionshandelssystem, die Schuldenbremse oder das Abkommen zum Schutz der Ozonschicht zeigen aber, dass zukunftsorientierte Rahmensetzungen prinzipiell möglich sind.

Zivilgesellschaft (bottom up):

Die Zivilgesellschaft (im Sinne organisierten Wirkens von Bürgern) muss den Wandel vorantreiben, indem sie:

- Lösungskonzepte für die Politik entwickelt.
- Lösungen praktiziert und umsetzt (Vorbilder).
- daran mitwirkt, in der Bevölkerung Bewusstsein für notwendige Veränderungen zu schaffen.

Beispiele für Lösungen, die aus der Zivilgesellschaft kommen, sind soziales Unternehmertum, soziales Engagement, urbane Subsistenzwirtschaft, kreative Ökonomie/Netzwerkwirtschaft.

Individuum (bottom up):

Jeder einzelne Bürger muss seine Sicht- und Verhaltensweisen überdenken. Beispiele hierfür sind nachhaltiger Konsum, Downshifting oder zivilgesellschaftliches Engagement. Je mehr Bürger so denken und handeln, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Politiker, die materielle Einschnitte durchsetzen, nicht an der Wahlurne abgestraft werden. Wer aktiv, sozial eingebunden ist und sich gut fühlt, nimmt diese nicht als Verlust wahr.

Die Teilnehmer waren unterschiedlicher Meinung darüber, auf welchen Handlungs- und Akteursebenen notwendige Veränderungen eher erreicht werden.

Drei Positionen:

- Top down: Die Politik muss durch geeignete Maßnahmen Verhaltensänderungen „von oben“ herbeiführen. Bürger und Zivilgesellschaft sind hierzu nicht in der gebotenen Zeit in der Lage. Lösungen „von unten“ sind nicht durchschlagend genug, auch weil sich das Bewusstsein der meisten Menschen langsamer ändert als die realen Entwicklungen dies erfordern (Ungleichzeitigkeit psychischer und realer Prozesse).
- Bottom up: Zivilgesellschaft und Bürger müssen es richten. Das globale politische System ist heute so komplex, dass durchgreifende Lösungen „von oben“ eine Illusion sind.
- Beides: Mehrheitlich sind die Teilnehmer der Meinung, dass alle Handlungs- und Akteursebenen mehr oder weniger gleichbedeutend sind. Durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen erfolgen notwendige Anpassungen zwar tendenziell schneller. Allerdings sind Politiker bei der Umsetzung der Maßnahmen auf die Unterstützung und Zustimmung zumindest eines Teils von Bürgern, Zivilgesellschaft und Interessengruppen angewiesen.

Wie kann das Denkwerk Zukunft dazu beitragen, notwendige Veränderungen herbeizuführen?

Das Denkwerk Zukunft sollte sowohl auf die Sicht- und Verhaltensweisen der Bevölkerung als auch auf die politischen Rahmenbedingungen einwirken. Dies erfordert einerseits Maßnahmen

- zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und andererseits
- der direkten Politikberatung.

Öffentliche Meinungsbildung/Bewusstseinswandel:

Ziel des DZ muss es sein, eine Atmosphäre in der Gesellschaft zu schaffen, in der Herausforderungen, Probleme und Lösungen breit und offen diskutiert werden. Maßnahmen, die hierzu beitragen sind:

- Sachverhaltsaufklärung: Diese sollte möglichst nüchtern erfolgen (keine Crash-Szenarien). Sachverhaltsaufklärung ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Rationale Erkenntnisse und/oder moralische Appelle führen nur selten dazu, dass Menschen ihr Verhalten ändern. Hierfür brauchen sie materielle und/oder sinnlich-emotionale Anreize.
- Neue Story propagieren: Statt des bisherigen Wachstumsmodells das einer nachhaltigen Entwicklung. Hierfür muss aufgezeigt werden, was Menschen hierdurch gewinnen.
- Positive Motivations- und Sinnbilder aus der Gesellschaft aufzeigen: Wo und wie werden Menschen selbst aktiv, nehmen sie ihr Schicksal in die eigenen Hände (z.B. Bürgerarbeit/soziale Unternehmer/ Urbane Gärten).

- Gegenbilder zum Wachstumsmodell aufzeigen: Kulturen und Milieus benennen, in denen auch geschrumpft werden darf. Bilder von Gesellschaften vermitteln, in denen Schrumpfen nicht mit Verlust gleichgesetzt wird.
- Neue Vorstellungen von Lebensqualität entwickeln: Zum Beispiel nicht-monetäre Statusbilder und Anerkennungsstrukturen wie fachliche Reputation, kreative Fertigkeiten, soziales Engagement, Bürgerarbeit. Dann werden Einschränkungen bei Erwerbsarbeit, Einkommen und Besitz weniger stark als Verlust wahrgenommen. Experimente zeigen, dass hierdurch die Wahrscheinlichkeit zu Kooperation und der Hinnahme von Einschränkungen wächst.
- Antworten auf konkrete materielle Existenzfragen geben: Habe ich weiterhin Arbeit, wenn der materielle Wohlstand sinkt? Was bedeutet dies für meine Altersvorsorge? Werde ich noch behandelt, wenn ich krank bin?
- Zusammenhang zwischen Rechten und Pflichten, Freiheiten und Verantwortung verdeutlichen. Zeigen, wie gut es uns geht und was wir gewonnen haben, aber auch, wo unser Verhalten nicht angemessen ist (Regeln für Allmende/Pflichten für Wirtschaft etc.).
- Vorteile etwaiger Reformen verdeutlichen: Zum Beispiel einer ökologischen Steuerreform. Zwar würde diese den Energie- und Ressourcenverbrauch der Bürger spürbar verteuern, von den höheren öffentlichen Einnahmen würden sie aber wiederum zumindest indirekt profitieren.

Praktisch umgesetzt werden können diese Maßnahmen durch:

- Medienkampagnen: Hierfür mit Medien oder Organisationen zusammenarbeiten, die Nähe zu Milieus pflegen, die erreicht werden sollen (z.B. Bild, ADAC etc.).
- Story Telling: Botschaften in konkrete Lebensgeschichten einbetten
- Best-Practice/Positive Beispiele via Medien/Internet präsentieren
- Videobeiträge über Internet verbreiten
- Motivierende Leitbilder/Slogans verwenden („Yes we can“, „One World“ etc.)
- Unternehmen anregen, Konsumgüter zu entwickeln, die technisch so gestaltet sind, dass Menschen sie verstehen und sie selbst reparieren können, die sie dazu motivieren geistige und handwerkliche Fähigkeiten anzuwenden.

Politikberatung:

Maßnahmen, um auf die politischen Rahmenbedingungen einzuwirken sind:

- Sachverhaltsaufklärung von politischen und gesellschaftlichen Funktionsträgern.
- Lösungskonzepte präsentieren.

Voraussetzung hierfür ist, dass Lösungen angeboten werden können. Diese sollten neben einer langfristigen Vision auch kompatible kurz- und mittelfristige Lösungsschritte für die Gestaltung des Übergangs beinhalten. Bei den kurzfristigen Maßnahmen sollte auf Machbarkeit geachtet werden. Damit Lösungen die Chance haben, umgesetzt zu werden, müssen sie zudem immer auch im globalen Kontext gedacht werden. Insgesamt besteht hier in vielen Bereichen noch großer Forschungsbedarf. Hilfreich könnte dabei ein Blick in andere Länder und Kulturen sein.

In die Politik eingebracht werden können Sachverhalte und Vorschläge durch:

- Präsentation von Studien/Gutachten auf Tagungen/Workshops.
- Versand von Policy Briefs.
- Hintergrundgespräche mit Politikern, Ministerialbeamten, Verbandsfunktionären, Medienvertretern.